

Pressemitteilung

Hannover, 18. Juli 2023
Nr. 27

Kontakt:
Ulrich Lottmann
Tel.: 0511 879 53 18
mobil: 0172 634 24 66
E-Mail: medien@nlt.de

Landkreise: Rückzug des Landes aus der Breitbandförderung ein fatales Signal

„In der Sache ein fatales Signal der Landesregierung für den ländlichen Raum. In der Form inakzeptabel.“ So kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) Hubert Meyer die Mitteilung des Wirtschaftsministeriums, dass im Landeshaushalt 2024 und in der mittelfristigen Finanzplanung keine Mittel zur Kofinanzierung des Breitbandausbaus eingeplant sind. Die Nachricht ging heute per E-Mail bei den Landkreisen ein.

„Damit kündigt das Wirtschaftsministerium ohne Vorwarnung die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit auf, die ländlichen Räume durch einen Anschluss an das schnelle Internet zukunftsfest aufzustellen. Vor wenigen Wochen noch wurde über eine Neuausrichtung oder gar Intensivierung der Förderung beraten. Von einem Ausstieg des Landes war nie die Rede.“

Der Bund stellt Fördermittel für den Ausbau unterversorgter Gebiete mit schnellem Internet („graue Flecken“) zur Verfügung. Er trägt aber nur 50 Prozent der Kosten. 25 Prozent steuert bisher das Land bei, 25 Prozent müssen die Landkreise stemmen. Im Jahr 2022 betrug die Landesförderung 163 Millionen Euro. „Schon das bisherige Engagement des Landes war unzureichend. Der komplette Rückzug aus der Kofinanzierung wird nun dazu führen, dass weite Teile Niedersachsens nicht im erforderlichen Maß erschlossen werden.“

Bundesmittel in dreistelliger Millionenhöhe drohen zu verfallen, denn die Landkreise befinden sich in einer solch angespannten Finanzsituation, dass sie unmöglich die alleinige Gegenfinanzierung der Bundesmittel gewährleisten können. Allein im Landkreis Osnabrück drohen 120 Millionen Bundesmittel wegzubrechen. Das führt dazu, dass dort 13.000 Haushalte und Betriebe nicht den heutigen Erfordernissen entsprechend angeschlossen werden können. Das ist ein herber, nicht zu erklärender Rückschlag gerade für diejenigen Landkreise, die sich in den vergangenen Jahren in Abstimmung mit den kreisangehörigen Gemeinden mit großem finanziellen Engagement auf den Weg in das digitale Zeitalter gemacht haben. Der Landtag ist gefordert, die Entscheidung der Landesregierung zu korrigieren“ erklärt Meyer.

Bürgermeisterkonferenz im Landkreis Osnabrück



Herrn Ministerpräsidenten
Stephan Weil
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover

Herrn Nds. Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Bauen und Digitalisierung
Olaf Lies
Friedrichswall 1
30159 Hannover

Landesförderung für den Gigabit-Ausbau in Niedersachsen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil.
Sehr geehrter Herr Minister Lies.

Mit großer Fassungslosigkeit haben wir als Landkreis Osnabrück und den insgesamt 34 kreisangehörigen Städten, Gemeinden, Samtgemeinden und Mitgliedsgemeinden des Landkreises den Ausstieg des Landes aus der Förderung der Zukunftsinfrastruktur Glasfasertechnik zur Kenntnis genommen. Bemerkenswert dabei ist, dass diese hoch wichtige und für die Zukunft des ländlichen Raumes so bedeutsame Entscheidung lediglich beiläufig und „Arbeitsebene“ mitgeteilt wird.

Entgegen aller bisherigen Äußerungen der Landregierung und des zuständigen Ministers, entgegen der Festlegungen des Koalitionsvertrages beabsichtigt das Land die neue Bundesförderrichtlinie nicht mit entsprechenden Komplementärmitteln zu ergänzen und die bisherige Förderpolitik und damit den weiteren Ausbau quasi zu stoppen. Diese Entscheidung erschüttert unser Vertrauen in eine sachbezogene und kooperative Zusammenarbeit mit der Landesregierung und kann den Menschen vor Ort kaum vermittelt werden.

Die schon unzureichende Landesförderung für die sog. „weißen Flecken“ – gerade im Vergleich zu den anderen Bundesländern – wird jetzt sogar für die „grauen Flecken“ auf NULL gestellt. Damit wird in vielen ländlichen Räumen der Breitbandausbau gefährdet oder sogar verhindert. Gleichzeitig wird das Ziel des Koalitionsvertrages „Niedersachsen Digital 2023 – Glasfaser in ganz Niedersachsen“ völlig aufgegeben.

Für den Gigabit-Ausbau der sog. „grauen Flecken“ im Landkreis Osnabrück ist auf Basis der aktuellen Kostenplanung von einem Investitionsbedarf von rund 240 Mio. € auszugehen. Bei einer Bundesförderung von 50 % (etwa 120 Mio. €) ist die kommunalen Ebene auch aufgrund der Signale aus Hannover von einer mindestens 25%igen Ko-Finanzierung des Landes ausgegangen. Trotz einer solchen Landesförderung wären immer noch rund 60 Mio. € von der kommunalen Ebene zu schultern. Dieses für eine Aufgabe, für die die Kommunen grundsätzlich keine eigene Zuständigkeit haben.

Geschäftsadresse:
Landkreis Osnabrück
Am Schölerberg 1
49082 Osnabrück

Tel. (0541) 501-2066

Bürgermeisterkonferenz im Landkreis Osnabrück

Eine derartige Investitionssumme von 60 Mio. € ist aus kommunaler Sicht nur unter Zurückstellung aller Bedenken und mit Gefährdung der kommunalen Haushalte darstellbar. Eine zusätzliche Übernahme des Landesanteils durch die Kommunen ist unrealistisch und nicht leistbar. Der Ausbau würde nicht vollzogen und auch die zu erwartenden Bundesmittel in Höhe von 120 Mio. € verwirkt.

Diese Entscheidung trifft die Flächenkreise maximal. Aber gerade diese waren beim Thema Breitband schon am stärksten belastet. Während die Oberzentren durch den wirtschaftlichen Ausbau der TKUs kaum finanzielles Eigenengagement zeigen mussten, hat der Landkreis Osnabrück bis heute bereits rund 90 Mio. € kommunales Geld in den Ausbau gesteckt. Nur wenige Kilometer entfernt in NRW werden bis zu 100% des Glasfaserausbaus von Bund und Land finanziert. Diesen Standortnachteil können wir schon heute kaum kompensieren. Nun werden wir doppelt bestraft.

Mit einer solchen fatalen Landesentscheidung wird gerade auch für den sehr dynamischen Arbeits- und Lebensraum des Osnabrücker Landes die Zukunftsfähigkeit verwehrt. Wie die Regierung des Flächenlandes Niedersachsen eine solch verheerende Entscheidung treffen kann, ist für uns nicht nachvollziehbar. Zudem ist von Seiten des Landes bis heute nicht einmal der Versuch einer Begründung unternommen worden.

Konkret für die Menschen im Landkreis Osnabrück bedeutet diese Entscheidung, dass aufgrund des jüngsten Markterkundungsverfahrens mehr als 13.000 Adressen mit etwa 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unterversorgt bleiben. Zudem sind rund 200 Wirtschaftsbetriebe in ihrer Zukunftsfähigkeit, mit ihrem Standort und in ihrer Existenz gefährdet. Insgesamt sind damit große Teile des Landkreises als Zukunftsraum zum Leben und auch zum Arbeiten abgeschnitten. Die immer wieder politisch postulierte Chancengleichheit zwischen Oberzentrum den ländlichen Räumen, die mit der digitalen Technik tatsächlich möglich wäre, wird mit dieser Entscheidung aktiv verhindert.

Wir fordern Sie hiermit nachdrücklich auf, diese Entscheidung gemeinsam mit dem Landtag in der parlamentarischen Beratung zu revidieren. Nur so können wir gemeinsam den ländlichen Zukunftsraum weiter stärken und entwickeln, für die Menschen und unsere Betriebe.

Mit freundlichem Gruß

Bürgermeister
Tobias Avermann
Sprecher der Bürgermeisterkonferenz
im Landkreis Osnabrück

Landrätin
Anna Kepschull